



Juso-AG Hörde



1 Antrag:

2

3 Der Juso-Unterbezirk Dortmund möge beschließen:

4

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich für eine Verbesse-
6 rung der Finanzsituation der nordrhein-westfälischen Kommunen einzusetzen. Insbe-
7 sondere sind durch Beratungen in der Föderalismuskommission die Zuweisungen
8 durch den Bund an die Länder und eine mögliche Zweckbindung von Mitteln zur Wei-
9 terverteilung in einem dem von den Gemeinden wahrgenommen Aufgabenspektrum
10 angemessenen Umfang zu gestalten um dem verfassungsrechtlich garantierten Min-
11 destausstattungsanspruch der Kommunen i.S.v. Art. 28 II GG zu entsprechen.

12

13

14 Begründung:

15

16 Die Kommunen erbringen eine Vielzahl an Leistungen im Rahmen der Daseinsvor-
17 sorge. Dabei erfüllen sie sowohl pflichtgemäße als auch freiwillige Aufgaben. Umfang
18 und Komplexität des lokalen Leistungsangebots haben sich in der Vergangenheit
19 deutlich erhöht. Gleichzeitig befinden sich viele Kommunen, insbesondere in struk-
20 turschwachen Gebieten, in einer äußerst schwierigen, finanziellen Situation, wie die
21 Entwicklung der Kommunalverschuldung, die vielfach zu beobachtende rasante Zu-
22 nahme der Kassenkredite etc. belegen. In Anbetracht dieser Situation und dem aus
23 Art. 28 Abs. 2 GG ableitbaren Mindestausstattungsanspruch der Kommunen ist ihr
24 finanzieller Handlungsspielraum angemessen zu erhöhen und somit eine der Lei-
25 stungserbringung entsprechende Ressourcenausstattung zu gewährleisten. Hierbei
26 ist insbes. eine Umverteilung von Bundes- und Landesmitteln und ein mögliche
27 Zweckbindung zu erörtern und die Angemessenheit der Kommunalfinanzierung im
28 Rechtssinne zu erörtern. Anderenfalls kann eine flächendeckende Versorgung im
29 Sinne der verfassungsmäßig garantierten Daseinsvorsorge durch die Kommunen
30 mittelfristig nicht gewährleistet werden.

31

32

33 F.d.R. Sebastian Kopietz (10.8.08)